

**Amt für Grundstücke
und Gebäude**

Bau-, Verkehrs-
und Energiedirektion
des Kantons Bern
Reiterstrasse 11
3011 Bern

**Office des Immeubles
et des constructions**

Direction des travaux publics,
des transports et de l'énergie
du canton de Berne
Telefon 031 633 34 11

KBOB

Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen Bauherren
Conférence de coordination des services de la construction et des immeubles des
maîtres d'ouvrage publics
Conferenza di coordinamento degli organi della costruzione e degli immobili dei
committenti pubblici
Coordination Group for Construction and Property Services

Planervertrag

Geschäftsnummer: 18.0266
BKP / Arbeitsgattung: 290 / Generalplaner
BE_GID:
Datum: 28.01.2019
PL / Abteilung: Merle Rissiek / BPM Sek II +
Infra

18.0266-01/2-290
Planervertrag
Offenes und selektives Verfahren
Dienstleistungen

Bern, Uni Engehalde - Bauliche Anpassungen und Unterhalt

Vertragsnummer:
Nachtragsnummer:
Vergabeanspruchnummer:
Vergabedatum:

☐ Exemplar Auftraggeber
☐ Exemplar Beauftragter
☒ Entwurf



Total Vergütung gemäss Ziffer 4.1 / 4.2

CHF 0.00
(exkl. MWST)
Rabatt: 0.00%

CHF 0.00
(inkl. MWST)
Skonto: 0.00%

Teuerungsberechtigt: Nein

abgeschlossen zwischen dem

Kanton Bern

handelnd durch

Amt für Grundstücke und Gebäude

nachstehend bezeichnet mit

Auftraggeber und

☐ der Unternehmung
Adresse
IBAN

.....
.....
.....

☐ der Planergemeinschaft (einfache Gesellschaft), bestehend aus:

1. Federführende Unternehmung:

2.

Adresse / Zustelldomizil
IBAN

.....
.....

mit Generalplanerfunktion

☐ mit folgenden Subplanern:

1.
2.

nachstehend bezeichnet mit

Beauftragter

1.1 Projektdefinition

1.1.1 Ausgangslage

Die Uni Engehalde zählt zum Entwicklungsschwerpunkt "Vordere Länggasse" der Universität Bern und ist Bestandteil ihrer langfristigen räumlichen Entwicklungsplanung "Strategie 3012". Die geplanten baulichen Anpassungen folgen dieser Strategie, die zum Ziel hat, das Flächenangebot und dessen Auslastung innerhalb von Entwicklungsschwerpunkten durch Verdichtung und Ausbaumassnahmen zu optimieren.

Der Campus Engehalde wird heute vom Departement für Betriebswirtschaftslehre (BWL) und dem Institut für Informatik (INF) genutzt und umfasst das Areal des ehemaligen Tierspitals Bern mit Gebäuden an der Neubrückstrasse 10, an der Schützenmattstrasse 14 und der Engehaldenstrasse 4 und 8 sowie einer unterirdischen Einstellhalle an der Engehaldenstrasse 6A. Das Areal wurde nach dem Wegzug des Tierspitals im Rahmen einer Gesamterneuerung in den Jahren 1992 – 96 umgenutzt und in ein modernes bauliches Ensemble überführt, das zu gleichen Teilen aus restaurierten und geschützten Altbauten und Neubauten besteht.

Veränderte betriebliche und standortbedingte Bedürfnisse führen zu den geplanten baulichen Massnahmen, mit denen der Campus Engehalde nachhaltig aufgewertet werden soll.

Seit dem Bezug des Areals im Jahr 1996 hat sich der Universitätsbetrieb stark verändert. Die Studierenden- und Mitarbeitendenzahlen sind deutlich gestiegen. Veränderte Lehr- und Lernformen führen zu anderen Anforderungen an die Menge und Grösse der Unterrichtsräume sowie an ihre Begleitinfrastrukturen. Ferner hat sich das Bibliotheksangebot im Areal Engehalde verändert (weniger Buchbestand, Auszug einer Bibliothek), deren Flächen stehen für neue Nutzungen zur Verfügung.

Die bestehenden Unterrichtsräume sind heute auf drei der vier Gebäude verteilt, was die Synergienutzung und eine optimierte Belegung im Bereich der Hörsäle und Seminarräume erschwert.

Das Engehaldeareal liegt an einem neuralgischen Punkt umringt von verkehrsreichen Strassen und in unmittelbarer Nachbarschaft zum Vorplatz der Reitschule. Die durch die Lage bedingten Sicherheitsprobleme auf dem Areal nehmen immer weiter zu und schaffen bei den Nutzenden Unsicherheit. Der Aussenraum ist durch die heute unkontrollierte Fremdnutzung wenig einladend. Er dient den Studierenden, Mitarbeitenden und Besuchern nur in sehr geringem Masse als Aufenthaltsort.

1.1.2 Projektauftrag

Durch bauliche Massnahmen soll die räumliche Lehr- und Lerninfrastruktur umgestaltet und an die veränderten Anforderungen des Universitätsbetriebes angepasst werden. Die Unterrichtsräume werden in einem Gebäude zentralisiert. Die Konzentration erlaubt die optimale Auslastung der damit verbundenen Infrastruktureinrichtungen. Die frei werdenden, dezentralen Unterrichtsräume und die durch Umzug frei gewordenen Bibliotheksflächen werden in Büro-, Unterrichtsraum- und Begleitinfrastruktur umgenutzt.

Mit verschiedenen Massnahmen im Aussenraum, wie die Verbesserung der Zugänge zum Areal und dessen Visibilität, die Erhöhung der Aufenthaltsqualität und die Abgrenzung durch einen Zaun, soll der Campus zu einem attraktiveren Universitätsstandort aufgewertet und die Sicherheit der Nutzenden erhöht werden.

Nach rund 25 Jahren Betrieb stehen ausserdem ordentliche Unterhaltsmassnahmen an, die zweckmässig in das Bauprojekt integriert werden können, wie die Erneuerung des Einstellhallendaches, teilweiser Ersatz von haustechnischen Anlagen und bauliche Anpassungen zur Einhaltung der geltenden Brandschutzvorschriften.

Der Projektauftrag entspricht den in der Machbarkeitsstudie vom 27. November 2018 abgebildeten Unterhalts- und betriebsspezifischen Anpassungs-Massnahmen unter der Berücksichtigung der Kommentare seitens Auftraggeberin vom 28. November 2018.

Des Weiteren sind mit den strukturellen Änderungen die Gebäude brandschutztechnisch zu ertüchtigen, als Grundlage dient das Brandschutzaudit vom 17. Oktober 2018.

Für das Projekt gilt die Gesamtkostenvorgabe von CHF 5'740'000 inkl. MWST

- exkl. Reserven

- exkl. Kosten für die nutzerspezifische Ausstattung

Die Realisierung unter laufendem Betrieb ist in aufeinanderfolgenden Etappen geplant und muss im Rahmen der Projektierung auf den Semesterbetrieb und die Nutzerbedürfnisse abgestimmt werden.

1.1.3 Projektziele und -anforderungen

Die projektspezifischen Ziele sind:

- Die räumliche Infrastruktur entspricht den veränderten Anforderungen des Universitätsbetriebes, das Raumpotenzial am Standort ist bestmöglich genutzt.
- Die Sicherheit auf dem Areal ist verbessert. Das Areal und die Zugänge sind für Uni-Mitarbeitende, Studierende und Besuchende attraktiv gestaltet.
- Unterhalts- und Brandschutzmassnahmen gewährleisten den Betrieb der Gebäude für mindestens zehn weitere Jahre, ohne dass in dieser Zeit grössere bauliche Massnahmen erforderlich sind.

Übergeordnete Projektziele und -anforderungen sowie weitere Vorgaben an das Projekt sind im Projekthandbuch, Version 0.1 vom 28. Januar 2019 und in den dazugehörigen Beilagen detailliert beschrieben.

Der Auftragnehmer setzt sich im Rahmen seiner Beauftragung aktiv dafür ein, dass die darin beschriebenen Projektziele erreicht werden

1.2 Leistungsumfang des Beauftragten innerhalb des Projektes

Der Auftraggeber überträgt dem Beauftragten gemäss diesem Vertrag und seinen Bestandteilen folgende Leistungen:

1.2.1 Grundleistungen

Der Beauftragte erbringt sämtliche Planungsleistungen der SIA-Phase 3-5 zu BKP 291, 293, 294, 295, 296.5, 298 Ordnungen SIA 102, 105 und 108 Ausgaben 2014 überarbeitete 2. Auflage Nov. 2018, resp. Norm SIA 112/2014, die für die Projektierung und Realisierung des oben beschriebenen Projektes gemäss der Ausschreibung des Auftraggebers vom 30.01.2019 (Publikation simap), resp. dem detaillierten Projekthandbuch, Version 0.1 vom 28. Januar 2019, nötig sind.

Die Erarbeitung erfolgt wo nötig in Varianten. Alle Planungsarbeiten sind vor Inangriffnahme koordiniert, terminiert und mit den Projektbeteiligten abgestimmt (Ablauf- und Detailterminplan inkl. Meilensteine zu den Entscheiden).

1.2.2 Weitere Leistungen

Der Beauftragte

- nimmt an den PLT-(Projektleitungsteam)Sitzungen teil, verschickt die Einladungen und bereitet die Traktanden vor; erstellt das Protokoll; auf Einladung nimmt er auch an weiteren bauherrenseitigen Sitzungen teil.
- organisiert, leitet und protokolliert so oft wie erforderlich zusätzliche Koordinationsbesprechungen, inkl. führen einer Beschluss- und Pendenzenliste.
- erbringt die erforderliche Qualitätssicherung sowie die Aufgaben gemäss Vorgaben des Auftraggebers für das PQM (u.a. monatliche Reports zu Leistung, Kosten und Termine, Chancen/Risiken und Vorkommnisse) und aktualisiert die Risikoanalyse mindestens quartalsweise und setzt die darin festgehaltenen Massnahmen korrekt und wirkungsvoll um.
- führt rechtzeitig alle zur Einhaltung der Termine erforderlichen Entscheide mit aufbereiteten Entscheidungsgrundlagen und einer genügend grossen Vorlaufzeit herbei; er führt hierzu eine Entscheidungsliste mit Terminierung der einzelnen Entscheide unter Berücksichtigung des Entscheidungsfindungsprozesses (in Abstimmung mit dem Auftraggeber) und koppelt diese Termine an den detaillierten Termin- und Dokumentenlieferungsplan; wo nötig und sinnvoll organisiert er Bemusterungen oder Besichtigungen von guten Referenzobjekten.
- erstellt Dokumente für eine gut verständliche und geeignete Darstellung zu einzelnen Themen und Entscheidungen (z.B. Visualisierung / Farb- und Materialisierungskonzept / Zusammenstellung von technischen Eigenschaften / etc.).
- koordiniert in Abstimmung mit der Betriebsprojektleitung die Planung der nutzerspezifischen Ausstattung, welche durch die Benutzerorganisation geplant und beschafft wird (Details siehe Ziff. 1.2.4, Abgrenzung).

- erarbeitet in Abstimmung mit der Betriebsprojektleitung Konzepte zur Aufrechterhaltung des Betriebes während der Bauzeit und unterstützt die Betriebsprojektleitung bei dessen Umsetzung. (Details siehe Ziff. 1.2.4, Abgrenzung).
- koordiniert und pflegt weitere projektübergreifenden Schnittstellen mit dem Betriebsprojekt wie die Signaletik
- unterstützt die Auftraggeberin bei der Erstellung der notwendigen Kreditanträge und erstellt geeignete Unterlagen zur internen und externen Kommunikation.
- verifiziert vorhandene Bauwerksakten (Pläne und Dokumente) und erstellt fehlende Planunterlagen.

1.2.3 Leistungen bezüglich Dokumentation

Die Nachvollziehbarkeit von bedeutsamen Informationen sowie eine vollständige Dokumentation des Bauwerks (Projektdokumentation und Anlagedokumentation) sind zu gewährleisten.

Eine Dokumentation zum Phasenabschluss der jeweiligen Planungsphasen umfasst jeweils mindestens den aktuellen, phasengerechten Planungsstand über alle Gewerke, den phasengerechten Baubeschrieb mit ergänzenden Berichten und Dokumenten zu Spezialthemen, das mit den Plänen übereinstimmende Raumprogramm, eine phasengerechte Kostenkalkulation und Terminplanung sowie alle weiteren relevanten Dokumente. Sämtliche Dokumente sind mit Angaben zu Version, Datum und Ersteller zu versehen.

Planbezeichnungen richten sich nach den Vorgaben des AGG.

Die detaillierten Regelungen sind im „Merkblatt für Ersteller von Bauwerksdokumentationen“ (siehe Beilage zum Projekthandbuch) zu Dokumentationspflicht, Aufbewahrungspflicht, Datensicherheit, Dokumentationsqualität und Urheberrecht aufgeführt.

1.2.4 Abgrenzung

Die nutzerspezifische Ausstattung (nutzerspezifische Betriebseinrichtung und mobile Einrichtung wie Apparate und Möblierung) für die Büros und alle Nebenräume sowie erforderliche Umzüge werden durch die Benutzerorganisation selber finanziert, geplant und realisiert resp. beschafft. Fest eingebautes Mobiliar sowie Standardausstattung von allgemein genutzten Räumen zählt nicht dazu. Kostenabgrenzung basiert auf der Richtlinie "Leistungs- und Budgetabgrenzung - Form der Zusammenarbeit Nutzer-AGG (LBZ)" vom 19. Juni 2015, Form C.

Die Schnittstellen müssen während der Projektierungsphase präzisiert und vereinbart werden.

2 Vertragsbestandteile und Rangfolge bei Widersprüchen

2.1 Liste der Vertragsbestandteile

Integrierte Bestandteile des Vertrages sind entsprechend ihrer Bedeutung in nachstehender Rangfolge:

Die vorliegende Vertragsurkunde.

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen KBOB für Planerleistungen, Ausgabe 2017.

Weitere Vertragsbestandteile (VB):

- | | | |
|------|---|-------------|
| VB 1 | Die Ausschreibung des Auftraggebers vom 30. Januar 2019 | |
| VB 2 | Das Angebot des Beauftragten samt Beilagen vom, bereinigt gemäss
Protokoll vom | (Beilage 1) |
| VB 3 | Projekthandbuch, Version 0.1 vom 28. Januar 2019, (inkl. Beilagen) | |
| VB 4 | Projektpflichtenheft Bau, Version 0.1 vom 28. Januar 2019, (inkl.
Beilagen) | |
| VB 5 | Unterschriftenblatt Vorgaben Umwelt – Ökologie – Haustechnik | (Beilage 2) |
| VB 6 | RL Rechnungen | (Beilage 3) |

2.2 Rangfolge bei Widersprüchen

Soweit zwischen den hiavor aufgeführten Vertragsbestandteilen ein Widerspruch besteht, ist die vorgenannte Rangfolge für den Vorrang massgeblich. Besteht ein Vertragsbestandteil aus mehreren Dokumenten, geht bei Widersprüchen das zeitlich jüngere Dokument dem älteren vor.

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Beauftragten sowie seiner Subunternehmer und Lieferanten gelten nur dann, wenn sie in Ziffer 10 (Besondere Vereinbarungen) aufgeführt sind.

3 Leistungen des Beauftragten

3.1 Leistungsvereinbarung zu Teilphasen

Der Beauftragte verpflichtet sich in Kenntnis des diesem Vertrag zugrundeliegenden Projektes (vgl. Ziffer 1.1 und 1.2 hiervor) zur Erbringung sämtlicher in dieser Vertragsurkunde und den weiteren Bestandteilen umschriebenen Leistungen (Grundleistungen und besonders vereinbarte Leistungen).

3.2 Übertragene Teilphasen

Der vorliegende Vertrag umfasst die nachstehenden Teilphasen gemäss Art. 4 Ordnung SIA 102/2014 resp. Norm SIA 112/2014 «Modell Bauplanung»:

	Art. 4 Ordnung SIA 102/2014 resp. Norm SIA 112/2014 «Modell Bauplanung»
<input type="checkbox"/>	11 Bedürfnisformulierung, Lösungsstrategien
<input type="checkbox"/>	21 Definition des Bauvorhabens, Machbarkeitsstudie
<input type="checkbox"/>	22 Auswahlverfahren
<input checked="" type="checkbox"/>	31 Vorprojekt
<input checked="" type="checkbox"/>	32 Bauprojekt
<input checked="" type="checkbox"/>	33 Bewilligungsverfahren
<input checked="" type="checkbox"/>	41 Ausschreibung, Offertvergleich, Vergabeantrag
<input checked="" type="checkbox"/>	51 Ausführungsprojekt
<input checked="" type="checkbox"/>	52 Ausführung
<input checked="" type="checkbox"/>	53 Inbetriebnahme, Abschluss

freigegeben wird mit Unterzeichnung der vorliegenden Vertragsurkunde jedoch nur:

	Art. 4 Ordnung SIA 102/2014 resp. Norm SIA 112/2014 «Modell Bauplanung»
<input type="checkbox"/>	11 Bedürfnisformulierung, Lösungsstrategien
<input type="checkbox"/>	21 Definition des Bauvorhabens, Machbarkeitsstudie
<input type="checkbox"/>	22 Auswahlverfahren
<input checked="" type="checkbox"/>	31 Vorprojekt
<input type="checkbox"/>	32 Bauprojekt
<input type="checkbox"/>	33 Bewilligungsverfahren
<input type="checkbox"/>	41 Ausschreibung, Offertvergleich, Vergabeantrag
<input type="checkbox"/>	51 Ausführungsprojekt
<input type="checkbox"/>	52 Ausführung
<input type="checkbox"/>	53 Inbetriebnahme, Abschluss

Weitere Teilphasen werden Schritt für Schritt durch schriftliche Anzeige des im Vertrag angegebenen Projektleiters des Auftraggebers freigegeben. Der Auftraggeber behält sich vor, einzelne Teilphasen nicht ausführen zu lassen. Betreffend Entschädigung gilt Art. 18 der Allgemeinen Vertragsbedingungen KBOB für Planerleistungen, Ausgabe 2017.

3.3 Genauigkeit der Kosteninformationen des Beauftragten

Der Beauftragte hält bei seinen Kosteninformationen folgende Genauigkeiten ein:

- Vorprojekt +/- 15%
- Bauprojekt +/- 10%

3.4 Gesamtleitung

Der Beauftragte übernimmt die Gesamtleitung für phasenübergreifende Leistungen gemäss Art. 3.4 SIA Ordnung.

4 Vergütung

4.1 Vergütung mit Festpreisen

- ☐ Gemäss detailliertem Angebot des Beauftragten vom _____, bereinigt gemäss Protokoll vom _____.
- ☐ _____

Offerierte Vergütung brutto mit Festpreisen exkl. Nebenkosten	CHF	_____
_____	CHF	_____
_____	CHF	_____
_____	CHF	_____
./.. Rabatt 0.00%	CHF	0.00
Zwischentotal	CHF	0.00
Nebenkosten 0.00%	CHF	0.00
Nebenkosten	CHF	_____
./.. Skonto 0.00%	CHF	0.00
Vereinbarte Vergütung netto (Rundungskorrektur: CHF _____)	CHF	0.00
MWST zum Satz von 7.70%	CHF	0.00
Total Vergütung inkl. MWST (Rundungskorrektur: CHF _____)	CHF	0.00
Globalpreis (teuerungsberechtigt)		_____
_____		_____

4.2 Vergütung nach erbrachtem Zeitaufwand

- ☒ Gemäss detailliertem Angebot des Beauftragten vom _____, bereinigt gemäss Protokoll vom _____.
- ☐ _____

- ☐ Gemäss folgenden Stundenansätzen exkl. MWST:

Kategorie A. Chefarchitekt / -ingenieur	CHF	_____
Kategorie B. Leitender Architekt /Ingenieur, Chefbauleiter	CHF	_____
Kategorie C. Architekt / Ingenieur / Bauleiter	CHF	_____
Kategorie D. Bautechniker	CHF	_____
Kategorie E. Zeichner / Hilfsbauleiter	CHF	_____
Kategorie F. Hilfspersonal	CHF	_____
_____	CHF	_____

Vereinbarte Vergütung **CHF** _____

Als Kostendach

- ☐ Gemäss folgendem gemitteltem Stundenansatz exkl. MWST,
der für alle seitens des Beauftragten eingesetzten Mitarbeiter gilt:

CHF _____

Vereinbarte Vergütung **CHF** _____

Als Kostendach

Als Grundlage gilt das "Angebotsblatt Honorarsummen" der Planerausschreibung. Das Angebot beruht auf den geschätzten Baukosten gemäss der Ausschreibung vom 30. Januar 2019.

Offerierte Vergütung brutto nach Zeitaufwand exkl. Nebenkosten	CHF	0.00
./.. _____ 0.00%	CHF	0.00
Zwischentotal	CHF	0.00
./.. Rabatt 0.00%	CHF	0.00
Nebenkosten 0.00%	CHF	0.00

Nebenkosten	CHF
./.. Skonto 0.00%	CHF	0.00
Vereinbarte Vergütung netto (Rundungskorrektur: CHF	CHF	0.00
MWST zum Satz von 7.70%	CHF	0.00
Total Vergütung inkl. MWST (Rundungskorrektur: CHF	CHF	0.00

Sollten die aufwandbestimmenden Baukosten deutlich höher sein als in der Planerausschreibung vom Auftraggeber definiert, erfolgt eine Anpassung der Phasen 4 und 5 gemäss genehmigtem KV. Die Phase 3 wird nicht rückwirkend angepasst und zusätzlich vergütet. Die offerierten Bemessungsparameter zur Bestimmung des Honorars bleiben bis Auftragsende fest.

4.3 Nebenkosten

☒ Übliche Nebenkosten:

Nebenkosten des Beauftragten wie Fotokopien, Telefon, Fax, Porti, Computerinfrastruktur, inkl. einrichten und betreiben von Daten-Projekträumen, Versicherungen, Reisespesen und Reisezeit, auswärtige Unterkunft und Verpflegung, Kosten für Baustellenbüros sind in der vereinbarten Vergütung gemäss Ziffer 4.1 / 4.2 hiavor eingerechnet. Reprokosten für Ausschreibungsunterlagen, Plankopien und sonstige Dokumente wie Broschüren, Berichte, etc., welche zur Planung, Erstellung und Dokumentation des Bauwerks benötigt und durch den Auftraggeber bestellt wurden, werden dem Beauftragten gemäss nachgewiesenem Aufwand vergütet.

☐ Vergütung gemäss separater Vereinbarung vom

4.4 Preisänderungen infolge Teuerung

☐ Preisänderungen infolge Teuerung werden gemäss der zur Zeit des Vertragsabschlusses aktuellen Fassung der Norm SIA 126 «Preisänderungen infolge Teuerung bei Planerleistungen» berechnet.

☐ Die Preisänderungen infolge Teuerung werden wie folgt vorgenommen:

☒ Es erfolgen keine Preisänderungen infolge Teuerung:

4.5 Vergütung nicht abschliessend definierter Leistungen

4.5.1 Beschrieb nicht abschliessend definierter Leistungen:

Planerleistungen von Spezialisten (BKP 292, 296, 950 Signaletik)
- Projektänderungen

4.5.2 Vergütungsregelung:

Gemäss Ziff. 9.3 der Allgemeinen Vertragsbedingungen KBOB für Planerleistungen, Ausgabe 2017.

5 Finanzielle Modalitäten

5.1 Zahlungsmodalitäten

Die Vergütung wird gemäss folgenden Modalitäten ausbezahlt:

☒ Der Beauftragte hat Anrecht auf Abschlagszahlungen im Umfang von 90% der erbrachten Leistungen.

☐ Gemäss Zahlungsplan vom

Die Schlusszahlung wird erst nach Übergabe der vollständigen Bauwerksdokumentation und genehmigten Schlussabrechnung fällig.

5.2 Rechnungsstellung und Bezahlung

Die Rechnungen sind zu adressieren an:

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Abteilung Controlling, Finanzen und Prozesse
Amt für Grundstücke und Gebäude
[Merle Rissiek/Projektleiterin AGG]
Reiterstrasse 11
3011 Bern

Die Rechnungen sind in einfacher Ausführung unter Angabe der Geschäft Nr., Geschäftsbezeichnung und Vertrags-/Nachtrags Nr. gemäss Seite 1 dieses Vertrages, der MWST Nr. des Beauftragten und des Mehrwertsteuerbetrages, welcher separat auszuweisen ist, an die nachfolgende Adresse einzureichen:

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Abteilung Controlling, Finanzen und Prozesse
Amt für Grundstücke und Gebäude
[Merle Rissiek/Projektleiterin AGG]
Reiterstrasse 11
3011 Bern

Die Rechnungen müssen gemäss Art. 43 der Weisungen der Finanzdirektion und der Finanzverwaltung über die Steuerung von Finanzen und Leistungen (FLW) abgefasst sein (siehe Beilage RL Rechnungen). Diesen Anforderungen nicht genügende Rechnungen werden zur Korrektur und allenfalls Ergänzung der Dokumentation zurückgewiesen. Die beanstandeten Teile der Rechnung werden bis zur Nachreichung eines ordnungsgemässen Zahlungsbegehrens nicht fällig.

5.3 Zahlungsfristen

Der Auftraggeber leistet fällige Zahlungen innerhalb von 45 Tagen. Schlussabrechnungen werden innert 30 Tagen nach Prüfungsbescheid vergütet.

Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über die Schlussabrechnung gemäss Ziffer 9.5 der Allgemeinen Vertragsbedingungen KBOB für Planerleistungen, Ausgabe 2017.

5.4 Zahlungsort

Der Auftraggeber überweist fällige Zahlungen an die Bankverbindung in Ort.

IBAN: Konto-Nr.:

6 Fristen und Termine

6.1 Für die Planungs- und Projektierungsphase (SIA-Teilphasen 31-41)

Frist / Termin:	Tätigkeit:
– 14. Juni 2019	Abgabe Vorprojekt
– 11. Oktober 2019	Abgabe Bauprojekt
– 2. Dezember 2019	Eingabe Baugesuch
– Juli 2020	GRB Ausführungskredit (Junisession 2020)
– Ab November 2019	Ausschreibung vorbereiten
– Juni 2020	Versand Submission (bei positivem Entscheid GR)

6.2 Für die Realisierungsphase (SIA-Teilphasen 51-53)

Es gilt das zu vereinbarende Planlieferungsprogramm.

Frist / Termin:	Tätigkeit:
– Ab November 2020	Ausführungsplanung

- Februar 2021 Beginn Realisierung in Etappen
- Februar 2022 Inbetriebnahme letzte Etappe
- Juni 2022 Projekt abgerechnet

7 Ansprechstellen

Für sämtliche Zwecke des vorliegenden Vertrages, einschliesslich Vertragsänderungen, der Übermittlung und Zustellung von Mitteilungen, Anfragen und dergleichen, lautet die Ansprechstelle:

Auftraggeber

Merle Rissiek / BPM Sek II + Infra

Amt für Grundstücke und Gebäude, Reiterstrasse 11, 3011 Bern

E-Mail:
merle.rissiek@bve.be.ch

Telefon:

Beauftragter

Name
Adresse

E-Mail:

Telefon:

Ändern eine Ansprechstelle oder deren Kontaktdetails, erfolgt umgehend eine schriftliche Mitteilung an die andere Partei.

8 Versicherungen

Der Beauftragte bzw. die Planergemeinschaft (einfache Gesellschaft im Sinne von Art. 530 ff OR) erklärt, für die Dauer des Auftrages folgende Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen zu haben (Mindestdeckung CHF 10 Mio.), die Versicherungsdeckung während der Dauer des Auftrages aufrechtzuerhalten und die entsprechenden, gültigen Versicherungsnachweise dem Auftraggeber auf Verlangen zu liefern.

8.1 Grundversicherung

<input checked="" type="checkbox"/> Personen- und Sachschäden	CHF	pro Ereignis bzw. Einmalgarantie (mindestens CHF 10 Mio.)
---	-----	--

8.2 Zusatzversicherungen

<input checked="" type="checkbox"/> Bautenschäden	CHF	pro Ereignis bzw. Einmalgarantie (mindestens CHF 5 Mio.)
<input checked="" type="checkbox"/> Reine Vermögensschäden	CHF	pro Ereignis bzw. Einmalgarantie (mindestens CHF 5 Mio.)
<input checked="" type="checkbox"/> Anlageschäden	CHF	pro Ereignis bzw. Einmalgarantie (mindestens CHF 5 Mio.)
<input type="checkbox"/> Rechtsschutz im Strafverfahren	CHF	pro Ereignis bzw. Einmalgarantie (mindestens CHF x Mio.)
<input type="checkbox"/> sonstige Schäden	CHF	pro Ereignis bzw. Einmalgarantie (mindestens CHF x Mio.)
<input type="checkbox"/> Der Beauftragte erklärt, folgende projektspezifischen Risiken zusätzlich versichert zu haben:		
–		

Versicherungsgesellschaft:

Policen-Nr.:

Selbstbehalt pro Schadenereignis:

CHF
(vom Beauftragten anzugeben)

9 Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitsbedingungen und Gleichbehandlung

Der Beauftragte verpflichtet sich, für Leistungen in der Schweiz, die am Ort der Leistung geltenden Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzuhalten. Er erklärt, gesetzliche Sozialabgaben und Versicherungsbeiträge sowie die übrigen Beiträge gemäss allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen geleistet zu haben und für die Dauer des Vertrages weiter zu leisten.

Des Weiteren verpflichtet sich der Beauftragte, für Leistungen in der Schweiz die Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf die Lohngleichheit einzuhalten.

Zieht der Beauftragte zur Vertragserfüllung Dritte bei, hat er diese schriftlich zu verpflichten, die vorgenannten Grundsätze ebenfalls einzuhalten.

Der Beauftragte nimmt zur Kenntnis, dass der Auftraggeber bei Missachtung der obigen Pflichten oder bei Falschangaben auf dem Selbstdeklarationsformular:

- a) den Zuschlag jederzeit widerrufen und den Vertrag aus wichtigen Gründen vorzeitig auflösen
- b) die Bezahlung einer Konventionalstrafe in der Höhe von 5 % des gesamten Auftragswertes verlangen und/oder
- c) den fehlbaren Beauftragten bis zu fünf Jahren von künftigen Beschaffungen ausschliessen können.

10 Besondere Vereinbarungen

10.1 Abweichung und Ergänzung zu den Allgemeinen Vertragsbedingungen

In Abweichung und Ergänzung zu den Allgemeinen Vertragsbedingungen für Planerleistungen KBOB, Ausgabe 2017, wird Folgendes festgelegt:

10.2 Weitere besondere Vereinbarungen

Ferner treffen die Parteien folgende besondere Vereinbarungen:

Der Beauftragte ist verantwortlich, dass Rechnungen von Unternehmern innerhalb der nachfolgend aufgeführten Fristen geprüft und an die Auftraggeberschaft weitergeleitet werden.

1. Bei vereinbarten Zahlungsplänen, bei Abschlagszahlungen nach geschätzter Leistungserbringung, bei Abschlagszahlungen nach effektiv erbrachter Leistung bei Einheitspreisverträgen sowie bei Regierechnungen und Abrechnungen für Preisänderungen beträgt die Prüf- und Weiterleitungsfrist für ordnungsgemäss abgefasste Rechnungen maximal 10 Tage nach Eingang beim Beauftragten des Auftraggebers.
2. Bei Schlussrechnungen beträgt die Prüf- und Weiterleitungsfrist für ordnungsgemäss abgefasste Rechnungen maximal 30 Tage nach Eingang beim Beauftragten des Auftraggebers.

Hält der Beauftragte diese Prüf-/Weiterleitungsfristen nicht ein, behält sich der Auftraggeber vor, vom Unternehmer verrechnete Verzugszinsen dem Beauftragten in Rechnung zu stellen oder mit seinen Honorarforderungen zu verrechnen.

Mit jedem Phasenabschluss hat der Beauftragte dem Auftraggeber die Einhaltung der vereinbarten Anforderungen des Auftraggebers, der Regeln der Baukunst und der gesetzlichen Vorschriften schriftlich zu bestätigen. Abweichungen davon sind aufzuzeigen und zu begründen.

Drittschadensklausel:

Erleidet *Universität Bern, Hochschulstrasse 6, CH-3012 Bern* als Drittpartei, in deren Interesse der Auftraggeber das Werk planen und erstellen lässt einen Vermögensschaden, welcher durch den Beauftragten verursacht wurde und für welchen der Beauftragte Ersatz leisten müsste, wäre der Auftraggeber der Geschädigte, haftet der Beauftragte auch für den Ersatz des Vermögensschadens der Drittpartei.

Der Anspruch auf Ersatz des Schadens steht dem Dritten gegenüber dem Beauftragten direkt zu. Der Dritte ist berechtigt, den Schadenersatzanspruch an den Auftraggeber abzutreten.

11 Inkrafttreten

Der vorliegende Vertrag tritt mit der Unterzeichnung durch die Parteien in Kraft.

12 Vertragsänderungen

Ergänzungen und Änderungen dieses Vertrages und dessen Vertragsbestandteile sind nur gültig, wenn sie von den Parteien schriftlich vereinbart werden. Dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftlichkeitsvorbehaltes.

Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages lückenhaft, rechtlich unwirksam oder aus anderen Gründen undurchführbar sein, so wird die Gültigkeit des Vertrages im Übrigen davon nicht berührt. Die Parteien werden in einem solchen Falle eine Vereinbarung treffen, welche die betreffende Bestimmung durch eine wirksame, wirtschaftlich möglichst gleichwertige Bestimmung ersetzt.

13 Anwendbares Recht, Streitigkeiten und Gerichtsstand

Auf den vorliegenden Vertrag ist ausschliesslich schweizerisches Recht anwendbar. Die Bestimmungen des Wiener Kaufrechts (Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf, abgeschlossen in Wien am 11.04.1980) werden wegbedungen.

Entsteht zwischen den Parteien Streit, verpflichten sie sich, in direkten Gesprächen eine gütliche Einigung zu suchen. Allenfalls ziehen sie eine unabhängige und kompetente Person bei, deren Aufgabe es ist, zwischen den Parteien zu vermitteln und den Streit zu schlichten. Jede Partei kann der anderen Partei die Bereitschaft für ein Streitschlichtungsverfahren (direktes Gespräch oder Vermittlung mit Drittperson) schriftlich anzeigen. Mit Hilfe des Vermittlers legen die Parteien das geeignete Vorgehen und die einzuhaltenden Regeln fest.

Wird kein Streitschlichtungsverfahren vereinbart oder können sich die Parteien innert 60 Tagen nach Erhalt der Anzeige weder in der Sache noch über die Wahl des Vermittlers einigen oder scheitert die Vermittlung innert 90 Tagen nach Erhalt der Anzeige, steht jeder Partei der Rechtsweg an ein ordentliches Gericht offen.

Als Gerichtsstand für Streitigkeiten aus dem vorliegenden Vertrag vereinbaren die Parteien den Sitz des Auftraggebers.

14 Ausfertigung

Die vorliegende Vertragsurkunde wird zweifach ausgefertigt. Jede Partei erhält ein unterzeichnetes Exemplar.

Der Auftraggeber:
Amt für Grundstücke und Gebäude

Bern /

Bern /

.....
Merle Rissiek / BPM Sek II + Infra
Gesamtprojektleiterin

.....
Michael Frutig / BPM Sek II + Infr.
Abteilungsleiter

Die unterzeichnenden Mitglieder der Planergemeinschaft

- erklären, dass sie für die Vertragserfüllung solidarisch haften;
- bestätigen, dass die federführende Unternehmung die Planergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber bis auf schriftlichen Widerruf vertritt und sie alle Mitteilungen an diese Firma als gültige Zustellung an die Planergemeinschaft anerkennen;
- bestätigen, dass die vom Auftraggeber an den Zahlungsort gemäss Ziffer 5.4 hiervoor geleisteten Zahlungen befreiende Wirkung haben.

Der Beauftragte bzw. die beauftragten Mitglieder der Planergemeinschaft:

.....

Ort / Datum

Ort / Datum

.....
Name
Funktion

.....
Name
Funktion

Allgemeine Vertragsbedingungen KBOB für Planerleistungen

Ausgabe 2017

1 Sorgfalts- und Treuepflicht

- 1.1 Der Beauftragte wahrt die Interessen des Auftraggebers nach bestem Wissen und unter Beachtung des allgemein anerkannten Wissenstandes seines Fachgebietes.
- 1.2 Der Beauftragte vermeidet Kollisionen mit eigenen Interessen oder mit solchen Dritter.
Der Beauftragte informiert den Auftraggeber über mögliche Konfliktpunkte.
- 1.3 Die Vertragsparteien verpflichten sich, weder Dritten Vorteile irgendwelcher Art direkt oder indirekt anzubieten, noch für sich oder andere direkt oder indirekt Geschenke entgegenzunehmen oder sich sonstige Vorteile zu verschaffen oder versprechen zu lassen.

2 Informations- und Abmahnungspflicht des Beauftragten

- 2.1 Der Beauftragte informiert den Auftraggeber regelmässig über den Fortschritt der Arbeiten und holt insbesondere alle erforderlichen Vorgaben ein. Er zeigt sofort alle Umstände schriftlich an, welche die vertragsgemässe Erfüllung gefährden könnten. Lassen sich auf Grund der Bearbeitung Veränderungen in noch zu bearbeitenden Phasen oder Teilphasen erkennen, so meldet dies der Beauftragte umgehend schriftlich dem Auftraggeber.
- 2.2 Der Beauftragte informiert den Auftraggeber umgehend schriftlich über erkennbare Abweichungen vom vereinbarten Bearbeitungsaufwand sowie über alle Weiterentwicklungen, die aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen eine Änderung der vereinbarten Leistungen angezeigt erscheinen lassen (z.B. neue Konstruktionsart, neuartige Arbeitsabläufe oder neue Werkstoffe).
- 2.3 Der Beauftragte macht den Auftraggeber schriftlich auf nachteilige Folgen von dessen Weisungen, insbesondere hinsichtlich Termine, Qualität und Kosten aufmerksam und mahnt unzweckmässige Anordnungen und Begehren ab.

3 Planergemeinschaft

- 3.1 Änderungen im Bestand und in der Zusammensetzung der Planergemeinschaft bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung des Auftraggebers. Die im Innenverhältnis der Planergemeinschaft vereinbarten Regelungen über die Beitragsleistungen sowie den Anteil an Gewinn und Verlust wirken nicht gegenüber dem Auftraggeber.
- 3.2 Die Mitglieder der Planergemeinschaft erklären sich bereit, dass die einfache Gesellschaft im Falle des Ausscheidens eines einzelnen Gesellschafters und im Einverständnis mit dem Auftraggeber weitergeführt wird. Die Anwendung von Art. 536 OR (Konkurrenzverbot) wird wegbedungen.

4 Beizug von Dritten

- 4.1 Der Beizug von Dritten für die Vertragserfüllung bedarf der vorgängigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.
- 4.2 Die vom Beauftragten zur Vertragserfüllung beigezogenen Dritten gelten in jedem Falle als dessen Hilfspersonen im Sinne von Art. 101 OR. Die Zustimmung oder Kenntnisnahme des Auftraggebers zum bzw. vom Beizug von Dritten lässt die Haftung des Beauftragten aus dem Vertrag oder im Zusammenhang mit dem Vertrag unberührt. Art. 399 OR wird ausdrücklich wegbedungen.
- 4.3 Bei Zahlungsschwierigkeiten des Beauftragten, bei schwerwiegenden Differenzen zwischen dem Beauftragten und Dritten oder bei Vorliegen anderer wichtiger Gründe kann der Auftraggeber, nach vorheriger Anhörung der Beteiligten, den Betrag auf Kosten des Beauftragten hinterlegen, mit befreiender Wirkung gegenüber dem Beauftragten. In jedem Fall gibt der Auftraggeber dem Beauftragten davon schriftlich Kenntnis.

5 Inhalt und Umfang der Vertretungsbefugnisse des Beauftragten

- 5.1 Grundsätze
Der Beauftragte ist grundsätzlich nicht befugt, gegenüber Dritten für den Auftraggeber verbindlich rechtsgeschäftliche Erklärungen abzugeben.
Der Beauftragte ist jedoch befugt, einmalige und in sich abgeschlossene Leistungen und Lieferungen im Rahmen des Kostenvoranschlages bis zu CHF 5'000.-- im Einzelfall (exkl. MWST) selbständig zu vergeben. Der Auftraggeber ist über die Bestellung umgehend zu orientieren.
Grössere Vergaben werden vom Auftraggeber ausgelöst.
Der Beauftragte ist verpflichtet, Mitteilungen und Erklärungen Dritter (Behörden, Unternehmer, Spezialisten usw.), welche das Auftragsziel tangieren (z.B. Mitteilungen zu den vereinbarten Qualitäts- und Risikoschwerpunkten, geschäftliche Schwierigkeiten der Vertragspartner, damit verbundene Begehren von Dritten, Preisänderungsbegehren, Abmahnungen), unverzüglich an den Auftraggeber weiterzuleiten.

5.2 Realisierungsphase

Enthalten die übertragenen Leistungen eine Bauleitungsaufgabe, hat der Beauftragte die Bauleitung im Sinne von Art. 33 ff. Norm SIA 118 (2013) im Rahmen des vom Auftraggeber mit dem Unternehmer abgeschlossenen Vertrages wahrzunehmen. Davon ausgeschlossen sind die nachstehenden rechtsgeschäftlichen Erklärungen, welche sich der Auftraggeber gegenüber dem Unternehmer in jedem Fall ausdrücklich vorbehalten hat:

- Vertragsänderungen, die keine Beststellungsänderung sind,
- Beststellungsänderungen, die in terminlicher, qualitativer sowie finanzieller Hinsicht wesentlich sind,
- Erklärungen über das Vorliegen von Mängeln im Zusammenhang mit Abnahmen und Teilabnahmen,
- abschliessende Anerkennung von Ausmassen, Regierapporten sowie Genehmigung der Schlussabrechnung nach Prüfung durch die Bauleitung,
- Einforderung und Inanspruchnahme von Sicherheitsleistungen und Konventionalstrafen.

Der Beauftragte übernimmt die vorliegende Vollmachtsregelung in die Werkverträge, sofern er diese vorbereitet.

6 Vertragsänderungen

- 6.1 Der Auftraggeber kann die Änderung von vereinbarten Leistungen verlangen.
- 6.2 Die Änderungen der Leistungen sowie die erforderlichen Anpassungen von Vergütung, Terminen und anderen Vertragspunkten werden in jedem Falle vor der Inangriffnahme weiterer Bearbeitungsschritte geklärt und schriftlich in einem Nachtrag zu diesem Vertrag vereinbart. Eine allfällige Anpassung des Honorars berechnet sich nach den Ansätzen der ursprünglichen Kosten- bzw. Berechnungsgrundlage zuzüglich Teuerung, sofern eine Teuerungsanpassung vertraglich vereinbart ist.
- 6.3 Der Auftraggeber entschädigt den Beauftragten für ausgewiesene und freigegebene Leistungen, die vor der Beststellungsänderung anfielen und durch diese nutzlos wurden.

7 Schlüsselpersonen

Vorbehältlich Kündigung, Krankheit und Tod können Schlüsselpersonen des Beauftragten, die für das vorliegende Projekt verantwortlich sind, nach Vertragsabschluss nur mit Zustimmung des Auftraggebers ersetzt werden. In jedem Fall muss eine Schlüsselperson durch eine gleich qualifizierte Person in ihrer Funktion ersetzt werden.

8 Weisungsrecht des Auftraggebers

- 8.1 Der Auftraggeber hat das Recht, dem Beauftragten im Rahmen der Vertragsabwicklung Weisungen zu erteilen. Beharrt der Auftraggeber trotz schriftlicher Abmahnung des Beauftragten schriftlich auf seiner Weisung, ist der Beauftragte für deren Folgen gegenüber dem Auftraggeber nicht verantwortlich.
- 8.2 Beharrt der Auftraggeber trotz Abmahnung darauf, Sicherheitsregeln nicht einzuhalten, kann der Beauftragte, um seine Haftung gegenüber Dritten auszuschliessen, sein Mandat niederlegen. Eine Schadenersatzpflicht gegenüber dem Auftraggeber wegen Kündigung zur Unzeit ist diesfalls ausgeschlossen.
- 8.3 Erteilt der Auftraggeber Dritten in Ausnahmefällen direkt Weisungen, so orientiert er den Beauftragten schriftlich ohne Verzug.

9 Vergütung

9.1 Honorar und Nebenkosten

Die Rechnungsstellung für die gesamten Leistungen (inkl. Nebenkosten) erfolgt in der Regel pro Teilphase. Für Teilphasen mit einer Bearbeitungszeit von mehr als 3 Monaten können monatliche Abschlagszahlungen mit den erforderlichen Leistungsausweisen und Belegen in Rechnung gestellt werden.

Für jede vereinbarte Teilphase (vgl. Ziffer 3 der Vertragsurkunde) ist spätestens zwei Monate nach Erbringung der letzten Leistung eine Übersicht zu erstellen, die durch ein prüffähiges Verzeichnis der erbrachten Leistungen zu dokumentieren ist und dem Auftraggeber einen Überblick über sämtliche vom Beauftragten gestellten Rechnungen sowie über die erhaltenen und die noch ausstehenden Zahlungen gibt.

9.2 Kostendach

Die Überschreitung eines vereinbarten Kostendaches geht zu Lasten des Beauftragten, es sei denn, der Auftraggeber hätte einer Beststellungsänderung schriftlich zugestimmt oder Mehrkosten aus andern Gründen zu vertreten.

9.3 Vergütung nicht abschliessend definierter Leistungen

Leistungen, die bei Vertragsabschluss noch nicht abschliessend definiert werden können, werden im Vertrag als solche bezeichnet. Insbesondere handelt es sich dabei um Leistungen, die in späteren Phasen oder Teilphasen zu erbringen sind.

Über Inhalt und Umfang dieser Leistungen sowie deren Vergütung und Berechnungsbasis einigen sich der Auftraggeber und der Beauftragte anhand der ursprünglichen Kosten- bzw. Berechnungsgrundlage vor deren Ausführung schriftlich in einem Nachtrag zum Vertrag.

9.4 Honorarkürzungen und Rückbehalt

Bei Mehrkosten und/oder Kostenüberschreitungen, die durch den Beauftragten verschuldet sind, behält sich der Auftraggeber vor, entsprechende Abzüge am Honorar vorzunehmen. Schadenersatzansprüche des Auftraggebers bleiben in jedem Fall vorbehalten.

Hat der Beauftragte das Entstehen grösserer Mängel mit oder alleine zu verantworten, kann der Auftraggeber einen Rückbehalt mindestens im Umfang der geschätzten Mängelbehebungskosten und des geschätzten Schadens machen. Ein Rückbehaltungsrecht besteht nicht, soweit der Beauftragte den geltend gemachten Rückbehalt sicherstellt. Als Sicherstellung gilt insbesondere eine schriftliche Bestätigung der Versicherung des Beauftragten, wonach für die geltend gemachten Schäden im Falle einer Haftung eine Versicherungsdeckung besteht.

9.5 Schlussabrechnung des Beauftragten

Die in der Teilphase «Leitung der Garantiarbeiten» vereinbarten Leistungen werden bei der Schlussabrechnung des Beauftragten ausgeklammert und können erst nach Durchführung der Schlussprüfung gemäss Art. 177 Norm SIA 118 (2013) bzw. nach Abschluss der Arbeiten aus der betreffenden Teilphase gesondert in Rechnung gestellt werden, sofern dafür nicht eine auf ersten Abruf einlösbare Erfüllungsgarantie geleistet wird.

10 Sicherheitsvorschriften

- 10.1 Der Beauftragte hält die massgebenden Sicherheitsvorschriften ein.
- 10.2 Der Auftraggeber behält sich in jedem Fall das Recht vor, bei groben oder wiederholten Pflichtverletzungen durch den Beauftragten die sofortige Einstellung der Arbeiten zu veranlassen.

11 Wahrung der Vertraulichkeit

- 11.1 Der Auftraggeber und der Beauftragte behandeln alle Tatsachen vertraulich, die weder offenkundig noch allgemein zugänglich sind. Die Vertraulichkeitspflicht bleibt auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses bestehen. Vorbehalten bleiben gesetzliche Aufklärungspflichten.
- 11.2 Die militärische Geheimhaltung richtet sich nach den einschlägigen Vorschriften

12 Veröffentlichungen

- 12.1 Die Veröffentlichung von Bauplänen, Beschreibungen und fotografischen Aufnahmen von Plänen und Bauten des Objektes bedarf in jedem Fall der vorgängigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Art. 27 URG (Panorama-recht) bleibt vorbehalten. Die Zustimmung darf nur bei Vorliegen schützenswerter Interessen verweigert werden.
- 12.2 Dem Beauftragten steht das Recht zu, in entsprechenden Veröffentlichungen des Auftraggebers oder Dritter als Urheber genannt zu werden.

13 Haftung des Beauftragten

- 13.1 Der Beauftragte haftet insbesondere bei Verletzung seiner Sorgfalts- und Treuepflicht, für die Nichtbeachtung oder Verletzung anerkannter Regeln seines Fachgebietes, bei mangelnder Koordination oder Beaufsichtigung, bei ungenügender Veranschlagung und Überwachung der Kosten inkl. Prüfung von Unternehmerrechnungen sowie bei Verlust von Mängelrechten gegenüber dem mit der Bauausführung beauftragten Unternehmer.
- 13.2 Ungenügende bzw. fehlerhafte Unterlagen werden vom Auftraggeber zur unentgeltlichen Überarbeitung zurückgewiesen.
- 13.3 Bei Kosteninformationen kann der Auftraggeber im Rahmen der Genauigkeitsangaben auf das angegebene Kostentotal vertrauen. Sofern für einzelne Kostenelemente Genauigkeitsangaben vereinbart werden sollen, sind diese in der Vertragsurkunde aufzunehmen.
- 13.4 Die Geschäftsherrenhaftung für beigezogene Dritte beschränkt sich auf die gehörige Instruktion und Überwachung des Dritten, sofern der Auftraggeber den Beizug des Dritten entgegen der Abmahnung des Beauftragten verlangt.
- 13.5 Der Auftraggeber ergreift rechtzeitig alle zumutbaren Massnahmen, die geeignet sind, der Entstehung oder Vergrösserung eines Schadens entgegenzuwirken. Erhebt er gegenüber einem oder mehreren Unternehmern oder Lieferanten ausnahmsweise direkt Mängelrügen, so teilt er dies dem Beauftragten unverzüglich schriftlich mit.
- 13.6 Wenn ein Schaden, für den der Beauftragte haftet, durch Dritte mitverursacht wurde, wahrt der Auftraggeber seine Rechte gegenüber sämtlichen Verursachern, so dass der haftbare Beauftragte nach Bezahlung des Schadens auf sämtliche Mitverursacher Rückgriff nehmen kann.

14 Arbeitsunterbruch

- 14.1 Durch den Auftraggeber angeordnete Arbeitsunterbrüche geben dem Beauftragten keinen Anspruch auf zusätzliche Entschädigung bis zur Wiederaufnahme der Arbeiten.
- 14.2 Bedingt der Unterbruch bei Wiederaufnahme der Arbeiten eine Überarbeitung bestehender Grundlagen oder werden in anderer Weise Mehraufwendungen notwendig, sind diese zusätzlichen Leistungen und deren Vergütung vor deren Inangriffnahme zwischen den Parteien schriftlich zu vereinbaren.

- 14.3 Vorbehalten bleibt in jedem Fall die Geltendmachung eines dem Beauftragten durch den Unterbruch entstandenen Schadens, sofern der Beauftragte beweist, dass der Auftraggeber den Unterbruch durch eine Verletzung des Planervertrages verschuldet hat.

15 Rügefrist und Verjährung

- 15.1 Ansprüche aus dem Vertrag verjähren unter Vorbehalt von Ziffer 15.2 hiernach innert 10 Jahren ab dem Zeitpunkt der schädigenden Handlung. Für Gutachten beginnt die Frist mit deren Ablieferung zu laufen.
- 15.2 Ansprüche aus Mängeln des unbeweglichen Werkes verjähren innert 5 Jahren. Die Frist beginnt mit der Abnahme des Werks bzw. des Werkteils zu laufen.
- 15.3 Mängel sind grundsätzlich innert 60 Tagen seit Entdeckung zu rügen. Plan- und Berechnungsmängel, die zu einem Mangel eines unbeweglichen Werks bzw. Werkteils führen, kann der Auftraggeber indessen während der ersten zwei Jahre nach dessen Abnahme jederzeit rügen. Nach Ablauf dieser Frist sind die Mängel innert 60 Tagen nach der Entdeckung zu rügen.

16 Urheberrecht

- 16.1 Das Urheberrecht verbleibt beim Beauftragten.
- 16.2 Dem Auftraggeber steht das unentgeltliche, unwiderrufliche und nicht ausschliessliche Recht zu, die Arbeitsergebnisse des Beauftragten zur Vollendung des Projektes für seine Bedürfnisse frei zu verwenden. Macht der Auftraggeber von diesem Recht ohne Einbezug des Beauftragten Gebrauch, steht diesem das Recht auf Bezahlung des in diesem Zeitpunkt geschuldeten Honorars zu, soweit vom Auftraggeber anerkannt. Soweit der Honoraranspruch streitig ist, hat der Auftraggeber den entsprechenden Betrag zu hinterlegen oder anderweitig sicherzustellen.
- 16.3 Das Abänderungsrecht des Auftraggebers bezüglich der Arbeitsergebnisse des Beauftragten gilt in begründeten Fällen bereits während der Planungsphase. Das Gleiche gilt für den Fall, dass der Vertrag vorzeitig aufgelöst wird, sofern der Auftraggeber nicht selbst den Grund für die Vertragsauflösung zu vertreten hat.

17 Übermittlung und Aufbewahrung von Dokumenten

- 17.1 Der Beauftragte bzw. jedes Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft bewahrt alle Dokumente und Unterlagen, welche einen Bezug zu diesem Vertrag aufweisen und nicht dem Auftraggeber als Originale übergeben worden sind (wie Unterlagen zu den Entscheidungsschritten und Dokumente des ausgeführten Bauwerkes, seien dies Pläne, Skizzen, Berechnungen, Werkverträge, Bestellungen, Korrespondenzen, Abrechnungsunterlagen, Datenträger usw.), während mindestens 10 Jahren ab dem Zeitpunkt der Vertragsbeendigung im Zustand der Erstellung kostenlos auf.
- 17.2 Auf Verlangen legt der Beauftragte jederzeit über seine Geschäftsführung Rechenschaft ab und gibt alle Unterlagen heraus, zu deren Erstellung er sich im Rahmen der vereinbarten Honorierung vertraglich verpflichtet hat.

18 Vorzeitige Beendigung des Vertrages

- 18.1 Art. 377 OR wird wegbedungen.
- 18.2 Die Parteien können aus wichtigen Gründen jederzeit entschädigungslos vom Vertrag zurücktreten. Als wichtiger Grund gilt insbesondere das Auswechseln von Schlüsselpersonen seitens des Beauftragten ohne Zustimmung des Auftraggebers bzw. ohne dass die in Ziffer 7 hiervor vorbehaltenen Tatbestände vorliegen.
- 18.3 Das Vertragsverhältnis kann im Übrigen von jeder Partei jederzeit widerrufen oder gekündigt werden. Die bis zur Vertragsauflösung vertragsgemäss erbrachten Leistungen werden dem Beauftragten ohne Honorarzuschlag vergütet.
- 18.4 Erfolgt die Vertragsauflösung zur Unzeit, so ist die zurücktretende Vertragspartei verpflichtet, der anderen den nachgewiesenen Schaden (in keinem Fall jedoch den entgangenen Gewinn) ohne jeden Zuschlag zu ersetzen.
- 18.5 Es liegt keine Auflösung zur Unzeit vor, wenn der Beauftragte dem Auftraggeber oder dieser dem Beauftragten begründeten Anlass zur Vertragsauflösung gegeben hat.
- 18.6 Die Vertragsauflösung durch den Auftraggeber gilt ferner nicht als unzeitig, wenn:
- Kreditgenehmigungen und Freigaben durch die Legislative, die Exekutive oder eine andere Behörde ausbleiben;
 - Bewilligungen ausbleiben;
 - der Auftraggeber einzelne Phasen nicht auslöst;
 - eine oder mehrere Schlüsselpersonen des Beauftragten, deren Mitarbeit für das Projekt wesentlich ist, in ihrer Funktion ohne Zustimmung des Auftraggebers oder ohne dass die in Ziffer 7 hiervor vorbehaltenen Tatbestände vorliegen, ersetzt werden.

19 Unterschriften

Die vorstehenden allgemeinen Bedingungen sind integrierender Bestandteil der Vertragsurkunde für Planerleistungen vom 18.01.2019.

Ort und Datum:

Bern,

Ort und Datum:

.....

Der Auftraggeber:

Merle Rissiek / BPM Sek
II + Infra

Der Beauftragte:

.....

.....

Beilagen

Anhang Zusammenstellung Vergütung (brutto, exkl. MWST)

(Grundleistungen und besonders vereinbarte Leistungen)

Honorar

Phasen	Teilphasen	Honorare
1 Strategische Planung	11 Bedürfnisformulierung, Lösungsstrategien	CHF
2 Vorstudien	21 Definition des Bauvorhabens, Machbarkeitsstudie	CHF
	22 Auswahlverfahren	CHF
3 Projektierung	31 Vorprojekt	CHF
	32 Bauprojekt	CHF
	33 Bewilligungsverfahren / Auflageprojekt	CHF
4 Ausschreibung	41 Ausschreibung, Offertvergleich, Vergabeantrag	CHF
5 Realisierung	51 Ausführungsprojekt	CHF
	52 Ausführung	CHF
	53 Inbetriebnahme, Abschluss	CHF
Total Honorar		CHF

Nebenkosten

Beschreibung der Nebenkosten und deren Vergütungsart	Nebenkosten
	CHF
	CHF
Total Nebenkosten	CHF
Gesamttotal Vergütung (brutto, exkl. MWST)	CHF

(zu übertragen in Ziffer 4.1 / 4.2 des Planervertrags)